

bevölkerung beträchtlich hoch blieb, daß sich aber die Werte der Schulbevölkerung bei den weiterführenden Schulen und auch schon an den Universitäten anzugleichen begannen. Allerdings registrierte Nellessen-Schumacher Mitte der siebziger Jahre bereits wieder eine *rückläufige Tendenz* bei den Katholiken.

Zuverlässige Statistiken aus jüngster Zeit liegen nicht vor. Sicher ist die Vermutung richtig, daß eine beträchtliche Bildungsdifferenz zwischen Katholiken und Protestanten trotz sozialer Chancengleichung zwischen Stadt und Land und kleinstädtischem und großstädtischem Milieu fortbesteht. Das läßt auf die *Fortwirkung fest eingeführter konfessioneller Verhaltensmuster* unabhängig von den tatsächlichen Sozialchancen der jeweiligen Bevölkerung schließen.

Man muß aber wohl auch einige *Unsicherheitsfaktoren*, die mit den demoskopischen Verfahren zusammenhängen, berücksichtigen. Wir kennen zum Beispiel das Phänomen einer beträchtlichen Abweichung der Werte bei den Gottesdienstbesuchern, daß bei Umfragen generell ein höherer Anteil an Gottesdienstbesuchern herauskommt als bei statistischen Zählungen. Man kann daraus nicht nur auf unzulängliche Zähltechniken, sondern auch darauf schließen, daß ein gewisser Bevölkerungsanteil im vis-à-vis zum Interviewer sich eher als Kirchgänger darstellt als dann, wenn es sonntags darauf ankommt. Ein ähnlicher Psychoeffekt ist, das wird von den Demoskopern auch eingeräumt, auch bei der demoskopischen Messung der Bildungsdifferenz zwischen Katholiken und Protestanten nicht auszuschließen.

Daß *Protestanten* über *stärkere Bildungsimpulse* verfügen, ist unbestritten. Aber stärkere Bildungsimpulse können auch unter Umständen zu einem Wissensstand im Selbstbild des einzelnen führen, der näher besehen so gar nicht vorhanden ist. Es entspricht dem auf Autonomie gegründeten, intellektuell regeren Persönlichkeitsbild von Protestanten, daß sie nicht nur ein stärkeres Bildungsstreben entwickeln, sondern im Frage-

stand sich auch stärker auf Bildung verpflichtet fühlen als die von ihrer Konfessionskultur her traditionsgebundeneren Katholiken. Es gilt also, solche Differenzen nicht überzubewerten. Überdies handelt es sich um Auswirkungen von Konfessionskulturen, die sich im Blick auf das Wertegefüge der Gesamtgesellschaft durchaus positiv ergänzen können. Es bleibt allerdings nicht nur der tatsächliche Rückstand der Katholiken bei den Bevölkerungsgruppen mit höherer Bildung, es bleibt auch eine „anradierte“ geringere geistige Regsamkeit. se

## Kein Fehlschlag

Das sog. Jubiläumstreffen zur KSZE-Konferenz vor zehn Jahren in Helsinki bot keinen Anlaß zu großem Optimismus. Von all dem, wozu sich die Unterzeichner der KSZE-Akte 1975 in Helsinki bekannten, ist seither nur wenig verwirklicht worden. Im Grunde konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der Anfang August in Helsinki versammelten Außenminister weniger auf die Realisierung der Schlußakte in den letzten zehn Jahren als auf die Möglichkeit, die neue sowjetische Führungsrige außenpolitisch kennenzulernen und sicherheits- und handelspolitisch die nächsten taktischen Schritte zu überlegen.

Schon auf der vorbereitenden Fachkonferenz im Frühsommer in Ottawa ließ sich beobachten, wie schwierig es ist, speziell in der Menschenrechtsproblematik über rein formale Zusicherungen hinauszukommen. Man muß nicht so zynisch sein wie *Bruno Kreisky*, der einmal gesagt hat, für die meisten Politiker – in Ost und West – sei die Menschenrechtspolitik nur eine „façon de parler“ und die Menschenrechtszusicherungen in „Korb 3“ von Helsinki hätten vornehmlich als Paravent gedient, um darüber hinwegsehen zu können, daß gerade in Helsinki der status quo im Osten festgeschrieben wurde. Aber gerade gegenwärtig sieht es nicht so aus, als ob Bürgerrechtler

in der Sowjetunion stärker zum Zug kämen.

Solange sich aber *in der Sowjetunion* nicht ein gewisser Liberalisierungsprozeß durchsetzt, sind der Verwirklichung von Menschenrechten, insbesondere der Gewissens-, Meinungs- und Religionsfreiheit, auch in den anderen osteuropäischen Staaten enge Grenzen gesetzt. Dies läßt sich nicht nur an der Politik dieser Länder ablesen. Man erfährt es ohne viel Mühe selbst im Gespräch mit kommunistischen Funktionären. Da hilft die Beteuerung etwa des „päpstlichen Außenministers“, *Achille Silvestrini*, so zutreffend sie ist, recht wenig, daß „jede Verletzung der Menschenrechte und der Rechte der Nationen den inneren und den äußeren Frieden stört“ (vgl. *Osservatore Romano*, 1. 8. 85).

Dennoch war im Rückblick gesehen die KSZE-Akte kein Fehlschlag. Der Erzbischof von Wien, Franz König – wohl der ostpolitisch und menschenrechtlich versierteste Kardinal der katholischen Kirche – hat in einer eigenen Erklärung zum Außenministertreffen festgestellt, es gäbe Stagnation und gar Rückschritte in manchen Staaten, speziell in der Verwirklichung von Religionsfreiheit, es gäbe in anderen Ländern diesbezüglich aber auch *Fort-schritte*. Man könnte Länder nennen, auf die dies – in engen Grenzen – zutrifft: Ungarn z. B., in mancher Beziehung auch auf die DDR.

Aber die dort erreichten größeren „kleinen Freiheiten“ sind nur ein Punkt. Ein nicht minder wichtiger ist der Umstand, daß Menschenrechtsgruppen und -bewegungen in den Bestimmungen von „Korb 3“ von Helsinki eine Plattform gefunden haben, auf der sie sich nicht zuletzt mit Hilfe westlicher Medien artikulieren können. Dies stärkt die *Sensibilität für Menschenrechtsverletzungen* in den westlichen Demokratien und wirkt indirekt auf osteuropäische Regierungen zurück. Selbst Parteidiktaturen können sich heute das völlige Übergehen der öffentlichen Meinung im Westen nicht mehr leisten. Langfristig kann dies doch zu mehr innerer Öffnung in Ostblockstaaten selbst beitragen.